

Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION
IM LANDTAG BRANDENBURG

35 Jahre Deutsche Einheit:

DIE BRANDMAUER MUSS WEG!

© imageBROKER/Manfred Vollmer, alamy.de

Die seit zehn Jahren anhaltende Masseneinwanderung führt zu enormen Kosten und ist Ursache für den Verlust der inneren Sicherheit. Darüber hinaus hat sie dazu geführt, dass sich die Bürger von den etablierten Parteien abwenden und die Wahlergebnisse der 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) kontinuierlich ansteigen. Die Altparteien haben daraufhin, 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, eine neue Mauer errichtet, die Brandmauer. Sie soll eine Zusammenarbeit mit der AfD auf allen Ebenen verhindern. Die Partei mit der größten Zustimmung im Land Brandenburg soll durch die Brandmauer isoliert und wirkungslos gemacht werden. Diese Brandmauer bedeutet, einen wachsenden Teil der Einwohner von der politischen Willensbildung auszuschließen. Dieser Zustand ist unhaltbar und trägt nichts zur Lösung der Probleme bei, vor denen das Land Brandenburg steht.

Im Landtag Brandenburg sind die Folgen dieser Brandmauer in jeder Sitzung zu beobachten, wenn die linke Agenda der Fraktionen von SPD, BSW und CDU jede Zustimmung zu einem Antrag der AfD-Fraktion verhindert, der sich gegen Klimawahn und Masseneinwanderung richtet. Die AfD wird von den etablierten Parteien nicht wie ein politischer Mitbewerber behandelt, sondern öffentlich als undemokratische und rechtsextremistische Partei bezeichnet, gegen die zivilgesellschaftlicher Widerstand mit staatlicher Förderung notwendig sei und ein Verbotsverfahren eingeleitet werden müsse.

Aber genauso wenig wie die Berliner Mauer sich am Ende als haltbar erwies, wird diese Brandmauer Bestand haben. Auf lokaler Ebene hat sie sich vielerorts längst als eine Groteske erwiesen, die sich immer weniger mit den Lebensbedingungen der Menschen vor Ort vereinbaren lässt.



»WIR ODER SIE. ES GEHT UMS GANZE.«

Editorial

Liebe Leser,

35 Jahre nach der Wiedervereinigung und zehn Jahre nach der Grenzöffnung ist Deutschland tief gespalten.

Dabei bot sich 1990 eine Chance, mit dem Niederreißen von Stacheldraht und Mauer die Politik neu auszurichten und die Interessen Deutschlands und der Deutschen an die erste Stelle zu setzen. Zwar bekämpften die Grünen und die Linken in Ost und West nach dem Motto »Nie wieder Deutschland« oder »Deutschland halt's Maul!« jede Rückbesinnung auf unsere nationalen Interessen; aber sie waren nur eine aggressive Minderheit. Selbst Willy Brandt feierte den Fall der Mauer mit dem berühmten Satz: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.« Und auch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stimmte noch im Jahr 2000 (vergeblich) gegen das »Kunstprojekt«, im Berliner Reichstag der Widmung »Dem deutschen Volke« den Spruch »Der Bevölkerung« entgegenzusetzen.

Der Impuls zur nationalen Neubestimmung ging vom Osten aus. Aber dieser Impuls wurde rasch gebremst, weil die in 40 Jahren der Trennung gewachsene Fremdheit von Ossi und Wessi sich zu einer Abneigung entwickelte. Grund dafür waren drei verhängnisvolle Entscheidungen im Einigungsvertrag und in den ersten Monaten des vereinigten Deutschlands: 1. Das Prinzip Rückgabe



Dr. Hans-Christoph Berndt

Fraktionsvorsitzender

vor Entschädigung von Immobilien, deren Eigentümer im Westen lebten, 2. der undifferenzierte Austausch von Führungskräften in der DDR durch Westimporte, 3. das Prinzip »Privatisieren vor Sanieren«, das nach der Ermordung von Detlev Rohwedder durch die Treuhand-Chefin Birgit Breuel durchgesetzt wurde. Ostler mussten Datschen räumen, sich ständig von Wessi belehren lassen und die eigenen Betriebe abreißen.

Natürlich leiden die Jungen am Unrecht durch Rückgabe, Elitentausch und Treuhand heute weniger als die Alten. Fast die Hälfte der unter 30-Jährigen sieht das Land als zusammengewachsen an, bei den über 60-Jährigen sind es nur 25 Prozent. Und doch ist Deutschland 2025 weiter davon entfernt, ein »einig Vaterland« zu sein, als vor 35 Jahren.

Heute wird Deutschland durch eine neue Mauer getrennt: die Brandmauer zwischen denen, die Deutschland erhalten,

und denen, die Deutschland abschaffen wollen. Diese Mauer zieht sich durch Ost und West.

Spätestens mit der Grenzöffnung 2015 sind die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD zu Anti-Volksparteien geworden. Sie haben sich mit den Grünen und den Linken zu einem Kartell verbunden, das die AfD und ihr Umfeld bekämpft, aber nicht die immer deutlicher werdenden Missstände im Land. Und so geschieht beinahe naturgesetzlich das, was wir dieser Tage sehen: Die AfD wird nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland zur stärksten politischen Kraft.

Das und die Unfähigkeit der alten Staatsparteien, auf die AfD eine politische Antwort zu geben, sind die wahren Gründe, warum die AfD als rechtsextrem eingestuft wird und verboten werden soll. Die AfD-Fraktion hat auf diese Entwicklung in einer Aktuellen Stunde im Landtag (Drucksache 8/1751) hingewiesen und von den anderen Fraktionen die üblichen Anwürfe und Beschwichtigungen zu hören bekommen.

»Wir oder sie. Es geht ums Ganze«. In diesen Worten des scheidenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, drückt sich die Angst der Altparteien vor dem Aufstieg der AfD aus. Aber Haseloff, der übrigens schon in DDR-Zeiten Mitglied der CDU war, hat durchaus recht. Deutschland muss sich zwischen der AfD und dem Kartell um CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke entscheiden. Deutschland muss sich entscheiden, ob es ein souveräner Staat oder ein internationales Siedlungsgebiet sein will.

Ihr Dr. Hans-Christoph Berndt,
Vorsitzender der AfD-Fraktion
im Landtag Brandenburg

Impressum



Vertreten durch

Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

☎ 0331 966 1806

✉ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg

📧 t.me/afdfraktionBB

📷 [afdfraktionbb](https://www.instagram.com/afdfraktionbb)

📺 AfD-Fraktion Brandenburg

📺 [AfD_FraktionBB](https://www.youtube.com/AfD_FraktionBB)

🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de



© Christian, adobe stock

Schutz und Stärkung des Respekts gegenüber unseren Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten – alle vernünftig denkenden Menschen wollen, dass dies zum Alltag ihrer Arbeit gehört. Als innenpolitische Sprecherin unserer AfD-Fraktion begrüße ich natürlich den Ansatz, die Sicherheit und die Würde unserer Einsatzkräfte in den Fokus zu rücken und Gewalt konsequent zu bekämpfen. Die von den regierenden Parteien und der CDU vorgelegten Vorschläge reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um den tatsächlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Nicht bloß Symptome bekämpfen

Die Feststellung des Landtags, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte inakzeptabel ist und einen Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt, teilen wir uneingeschränkt. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 verweist aber auf einen beunruhigenden Anstieg von Angriffen – sowohl tätlich als auch verbal. Das ist ein Skandal, der uns alle als Gesellschaft beschämen sollte. Um hier zu akzeptablen Ergebnissen zu gelangen, dürfen wir uns nicht darauf beschränken, die Symptome zu bekämpfen. Vielmehr müssen wir dabei die Ursachen in den Blick nehmen.

Die Verbesserung der Schutzausrüstung durch Bodycams und Dashcams ist sicherlich richtig. Doch wir wissen aus der Praxis, dass das Vorhandensein von Bodycams allein nicht zwingend Angriffe

auf Polizeibeamte verhindert. Sie dienen zwar der Dokumentation, aber oft genug lassen sich Straftäter von der Begehung von Straftaten durch die Existenz solcher Kameras nicht abschrecken. Die AfD-Landtagsfraktion fordert daher, dass jede Gewaltstraftat gegen Einsatzkräfte automatisch als besonders schwerwiegend eingestuft und mit verschärften Strafen geahndet wird.

Klare Abschreckung nötig

Zu beobachten ist nicht nur ein allgemeiner Respektverlust, sondern auch gezielte Übergriffe, verübt oft durch Personen, die ohnehin keine Rücksicht auf Regeln oder Gesellschaftsnormen nehmen. Prävention muss dort ansetzen, wo sie wirkt: Null Toleranz bei Straftaten und eine klare Abschreckung! Deeskalationsschulungen für Einsatzkräfte sind sinnvoll, aber sie dürfen nicht dazu führen, dass unsere Polizisten notwendige Maßnahmen nicht ergreifen aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen.

Nötig sind mehr Personal bei der Polizei, schnellere Verfahren und eine vorrangige Bearbeitung von Fällen, in denen Einsatzkräfte betroffen sind. Die Einrichtung einer Spezialabteilung der Staatsanwaltschaft, die ausschließlich Gewalt gegen Einsatzkräfte verfolgt, wäre sinnvoll und müsste Bestandteil eines Maßnahmenkatalogs sein, den die Landesregierung vorgelegen muss.

Wir fordern, dass die Landesregierung in dieser Sache auf Bundesebene Druck

macht sowie auf sämtlichen sonstigen Ebenen. Natürlich war die Landtagsmehrheit wieder einmal so inkonsequent, unseren Änderungsantrag »Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und

Lena Kotré

Innen- und remigrationspolitische Sprecherin



Rettungsdienste durch Strafverschärfungen und konsequente Abschiebepolitik verhindern« (Drucksache (8/1060) abzulehnen. Aber es hilft alles nichts: Wir müssen die illegale Massenmigration als einen der Hauptfaktoren für diese Gewaltproblematik ansprechen – einen Punkt, den die übrigen Fraktionen geflissentlich ignorieren. Die Statistik zeigt: Ein signifikanter Anteil der Täter hat Migrationshintergrund. Ohne eine konsequente Abschiebung sämtlicher vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer und insbesondere der Straftäter unter den Asylantragstellern als Sofortmaßnahme sowie ohne eine unverzügliche Rückbesinnung auf die konsequente Durchsetzung von Recht und Ordnung bleibt alles Stückwerk und werden die Angriffe auf die Sicherheitskräfte weiter zunehmen. ■



© picture alliance/dpa | Christophe Gateau

Es soll ja in dieser Bundesrepublik Menschen geben, die denken, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht reformierbar ist. Offensichtlich scheint die Landesregierung zu dieser Personengruppe zu gehören. Denn ansonsten wäre nicht zu erklären, warum sie einem Reformstaatsvertrag mit Berlin zugestimmt hat, der lediglich kosmetische Korrekturen am bisherigen System vornimmt. Die grundsätzlichen Fragen aber, die sich jeder stellen muss, der diesen öffentlich-rechtlichen Rundfunk einschaltet, werden erneut nicht beantwortet. Aus diesem Grund konnte die AfD-Fraktion diesem Reformstaatsvertrag nicht zustimmen.

Verletzung fachlicher Standards

Wir führen diese Diskussion vor dem Hintergrund, dass Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eigene Mitarbeiter oder Parteifunktionäre interviewen, ohne sie als solche den Zuschauern vorzustellen; vor dem Hintergrund des Jugendprogramms Funk, in dem unseren Kindern erklärt wird, wie man »Handmuschis« baut, wie man Dildos reinigt, um nicht von Schlimmerem zu reden – und alles finanziert von unseren Rundfunkbeiträgen. Wir führen diese Diskussion

auch vor dem Hintergrund der sogenannten Corona-Pandemie sowie der Flüchtlingskrise, bei denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk komplett versagt und sich als Presseorgan der Regierung dargestellt hat.

Zwangsgebühren werden abgelehnt

Mit den Themen Ukrainekrieg und anhaltende Migrationskrise geht es bruchlos weiter. Kritiker von Einseitigkeit und einer zum Teil abartigen Themen- und Perspektivwahl werden zu Leugnern, Impfverweigerern, Menschenfeinden, Rechts-extremisten und Putinverstehern gestempelt. Selbstverständlich wurde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch die Hatz auf Menschen eröffnet, die sich irgendwo einmal positiv zu Russland geäußert haben. Man müsste nicht zuletzt von exorbitant hohen Gehältern reden, von Einkommen, die teilweise über dem Gehalt des Bundespräsidenten liegen. Die Intendantin des RBB ist eine Frau, die übrigens zuvor Regierungssprecherin war – so viel zur Politikferne des »freien Rundfunks«.

Inzwischen sagen 84 Prozent der Deutschen – und mit ihnen weiß sich die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg einig –,

dass sie die Zwangsabgabe in Höhe von monatlich 18,36 Euro ablehnen.

Jetzt erleben wir, dass das Einstimmigkeitsprinzip aller Bundesländer als Voraussetzung für die Erhöhung der Rundfunkgebühr gekippt werden soll. Und das geschieht aus einem einzigen Grund: Weil die etablierte Politik Angst davor hat, dass die AfD in wenigen Jahren in einigen Bundesländern regieren wird. Wir können versichern: Niemals wird die AfD – egal, wo sie regieren wird – einer Erhöhung des Zwangsbeitrages zustimmen.

Vorschlag: ZDF abschaffen

Die AfD-Fraktion hat im Landtag mit ihren Entschließungsanträgen Alternativen zu dieser unerträglichen Lage vorgelegt (Drucksachen 8/1476 und 8/1477). Neben einer Korrektur bei den genannten Themen schlagen wir vor, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) abzuschaffen. Man sieht mit dem Zweiten eben nicht besser. Wir wollen eine Vergütung nach Tarifver-



trag und keine außertariflichen Beschäftigten mit überhöhten Gehältern mehr. Es handelt sich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk um Anstalten des öffentlichen Rechts – und genauso muss man sie auch behandeln. Wir wollen die Neustrukturierung der Rundfunkräte. Unter anderem sollen keine Parteifunktionäre mehr in den Kontrollgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sitzen. Voraussetzung für eine Akzeptanz ist aber auch, dass das gesendete Programm wirklich die Vielfalt der Meinungen abbildet.

Unser Ziel ist es, die Zwangsfinanzierung zu beenden. Deswegen fordern wir einen Bericht von der Landesregierung, in dem die Möglichkeiten dafür untersucht werden. Der Parlamentarische Beratungsdienst hat dazu ja schon Vorarbeit geleistet. ■



© Kai Krueger, adobe stock

VERFASSUNGSRECHTLICH AUF DÜNNEM EIS

Auch im Land Brandenburg greift die Landesregierung im Haushaltsplan regelmäßig auf das Instrument der globalen Minderausgabe (GMA) zurück. Für den im Juni verabschiedeten Haushalt für die Jahre 2025 und 2026 beträgt die GMA 406,5 Millionen Euro bzw. 401,4 Millionen Euro, was 2,42 bzw. 2,31 Prozent des jeweiligen Haushalts entspricht.

Dabei handelt es sich um pauschale Kürzungen, die über alle oder mehrere Ressorts hinweg im Haushalt eingestellt werden – ohne dass klar ausgewiesen wird, wo genau die Einsparungen erfolgen sollen. Doch der verfassungsrechtliche Spielraum für dieses Verfahren ist enger als vielfach angenommen, wie ein Urteil aus Sachsen-Anhalt kürzlich zeigte (Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt vom 30. Juni 2025, LVG 13/24).

Auch im Fall Sachsen-Anhalts wurde für den Landeshaushalt eine GMA in dreistelliger Millionenhöhe angesetzt. Diese Kürzung wurde nicht auf einzelne Ministerien, deren Haushaltseinzelpäne oder Ausgabentitel heruntergebrochen. Es fehlte eine transparente Begründung, warum genau diese Höhe angesetzt wurde.

Ein Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes Brandenburg aus dem Jahr 2021 (Drucksache 7/22) betont, dass GMA zwar zulässig sein können, jedoch nur unter engen Voraussetzungen. Sie müssen sich realitätsgerecht am sogenannten Bodensatz orientieren – also an den Mitteln, die nicht von den einzelnen Ministerien

verausgabt werden. Deren Höhe muss darüber hinaus empirisch begründet und transparent nachvollziehbar sein.

Wichtigste Voraussetzung ist aber, dass das Parlament in der Lage sein muss, seine Budgethoheit aktiv auszuüben. Dafür braucht es Klarheit darüber, wo im Haushalt welche Mittel gekürzt werden – oder eben nicht gekürzt werden.

Das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt entschied, dass die dortige GMA in Höhe von rund 437 Millionen Euro gegen das Budgetrecht des Landtags verstieß. Zwar sei die GMA als Instrument nicht grundsätzlich verfassungswidrig, doch die Höhe der GMA war nicht fundiert begründet – eine pauschale Kürzung ohne ein Herunterbrechen auf Ressorts mache es unmöglich, den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Haushaltsklarheit bzw. -wahrheit zu genügen. So war dem Parlament ein zentraler Teil seiner haushaltspolitischen Kontroll- und Steuerungsmacht entzogen.

Haushaltsprinzip unterlaufen

Diese Einschätzungen treffen in weiten Teilen auch auf den Brandenburger Haushalt zu. Gerade der Mangel an konkreten Berechnungsgrundlagen ist hier problematisch. Zwar verweist die Exekutive auf Erfahrungswerte – doch diese wurden dem Parlament nicht systematisch vorgelegt. Weder lagen zu den Debatten im Ausschuss für Haushalt und Finanzen



Andreas Galau

Finanzpolitischer
Sprecher

Nachweise zu den Einsparungen in den Ressortplänen vor, noch wurden die jeweiligen Ausgabestrukturen analysiert, aus denen sich realistische Minderausgaben ableiten ließen. Das Haushaltsprinzip der Schätzgenauigkeit wurde dadurch erheblich unterlaufen.

Ohne im Detail über alle Kürzungen – auch pauschale – informiert gewesen zu sein, konnte der Brandenburger Landtag seine verfassungsmäßige Rolle als Haushaltsgesetzgeber nicht erfüllen. Die verabschiedete globale Minderausgabe quasi »auf Zuruf« durch die Landesregierung in Person des Ministers der Finanzen und für Europa als pauschaler Lückenfüller im Haushaltsausgleich widerspricht dem Demokratieprinzip, das eine informierte Willensbildung verlangt.

Damit steht auch in Brandenburg die globale Minderausgabe verfassungsrechtlich auf wackligen Füßen. Hierzu und zur Änderung von § 18a der Landeshaushaltsordnung hat die AfD-Fraktion daher eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht eingereicht. ■

NEIN

ZUR GEPLANTEN ENTMACHTUNG DER BÜRGER DURCH DIE WHO

© Aleksey Butenkov, alamy stock

Im Jahr 2009 wurde der Pandemie-Begriff von der WHO geändert. Zuvor mussten, um das Kriterium für eine »Pandemie« zu erfüllen, mehr Menschen als normal gestorben sein. Das war zumindest eine Voraussetzung. Danach galt dies nicht mehr. Mit anderen Worten: Quasi per Definition ist der Normalzustand zur Katastrophe geworden.

Jetzt reicht der Nachweis eines neuen Erregers aus, und wenn sich viele Menschen mit ihm angesteckt haben – selbst, wenn sie, Gott sei Dank, daran nicht sterben –, dann ist die Annahme einer Pandemie gerechtfertigt, verbunden mit dem Ausrufen des Ausnahmezustands. Die Übernahme dieser Definition ist zwar freiwillig. Aber die Mitgliedsstaaten halten sich daran; so ist das bei gemeinsamen Verabredungen.

In Brandenburg wurde der Pandemieplan am 6. März 2020 geändert. Und was haben wir kürzlich in der Corona-Enquetekommission erfahren? Das Gesundheitsministerium erklärte, dieser Pandemieplan habe nie eine Rolle gespielt. Entscheidend für das Verhalten der Behörden war nicht der Pandemieplan. Es war immer wichtig, was man »von oben«, also vom Ministerpräsidenten, von der Bundesregierung, gesagt bekam. Getroffen wurden Entscheidungen nicht auf fachlicher, sondern auf politischer Grundlage.

Die Regierungsparteien – inklusive CDU! – haben blind vertraut, und die verfassungsrechtlich gebotene Verhältnismäßigkeitsprüfung ist nie vorgenommen worden. Am Ende hatte die Mehrheit der Bürger ein höheres Risiko, an den Folgen

der Maßnahmen als an Corona zu sterben. Diese Parteien haben Verordnungen mitgetragen, deren Folgen mit Abstand schlimmer waren als das, wovor sie die Bürger angeblich schützen sollten!

WHO nicht demokratisch legitimiert

Und nun gibt es Bestrebungen, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Durchgriffsrecht auf Entscheidungen in Deutschland zuzubilligen. Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg sagt ganz entschieden Nein (Drucksache 8/1414).

Lars Hünich

Verbraucherpolitischer Sprecher



Deutschland darf nicht zulassen, dass die WHO unkontrolliert Einfluss auf innerstaatliche Gesetze und Verordnungen nehmen kann und vielleicht noch Zwangsmaßnahmen verhängen darf, ohne dass ein innerstaatlicher Vorbehalt noch geltend gemacht werden kann. Die WHO ist keine demokratisch legitimierte Organisation, sie finanziert sich vorrangig durch private Spender. Es sind vor allem Unternehmen der Pharma- und der Lebensmittelindustrie, die an verhängten Maßnahmen der WHO Geld verdienen. Und

genau diese Erfahrungen aus der Corona-Zeit machen die WHO-Pläne so gefährlich. 80 Prozent des WHO-Budgets bestehen aus Privatspenden. 41 Prozent davon kommen von 100 Unternehmen; es sind Pharmaunternehmen oder pharmaaaffine Organisationen. Diese Sponsoren verdienen an genau den Gesundheitsprodukten, die die WHO in Notlagen empfiehlt: Masken, Impfungen, Schutzkleidung etc.

Orwell lässt grüßen

Das ist leider noch nicht alles. Die »pandemische Notlage« kann nunmehr bereits bei einem »hohen Risiko« ausgerufen werden. Und wer bestimmt, ob das Risiko hoch ist? Der WHO-Generaldirektor – ohne unabhängige Kontrollinstanz! Allein ein Ausschuss berät ihn. Wie unabhängig ist dieser Ausschuss? Der WHO-Generaldirektor setzt ihn ein und wieder ab, damit ja nichts schief läuft.

Nach den neuen Regeln kann die WHO auch bei »anderen Gesundheitsgefahren«, zum Beispiel bei einer »Klimakrise«, Zwangsmaßnahmen und Lockdowns durchsetzen. Das bedeutet, nicht nur, wenn wirklich Gefahr im Verzug ist, sondern auch bei behaupteten Krisen will die WHO solche Zwangsmaßnahmen verhängen dürfen. Die Erfahrungen mit der »Corona-Krise« haben gezeigt, wie gefährlich das ist. George Orwell lässt grüßen! Aus Sicht der AfD-Fraktion ist es verfassungswidrig, sich den WHO-Entscheidungen zu unterwerfen, ohne dass sie der demokratischen Kontrolle unseres Volkes unterliegen. ■



BESSER BAUEN MIT BESSEREN GESETZEN

© gopixa, alamy stock

Brandenburgs Bevölkerung wächst. Aus dem Juli-Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ergibt sich, dass in den Jahren 2022 bis 2024 insgesamt 302 000 Personen nach Brandenburg gezogen sind, davon 135 000 aus dem Ausland und 99 000 aus Berlin. Im selben Zeitraum zogen jedoch nur 194 000 Personen fort. Womit sich ein Überhang von 108 000 Menschen in drei Jahren ergibt. Gleichzeitig wurden in den drei Jahren aber nur 31 500 neue Wohnungen fertiggestellt. Laut dem Statistischen Bundesamt bewohnten im Jahr 2024 in Brandenburg im Durchschnitt zwei Personen eine Wohnung. Somit ergibt sich bei 108 000 Menschen ein Bedarf von 54 000 Wohneinheiten. Diese Zahlen zeigen, dass sich das Wohnungsangebot in Brandenburg immer weiter verengt, denn die Zunahme der Einwohnerzahl in unserem Bundesland ist bereits seit 2015 zu beobachten.

Regierungsinitiative eine Mogelpackung

Die AfD-Fraktion fordert, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen (Drucksache 8/1144). Die Brandenburger Regierungskoalition setzt ihren Schwerpunkt jedoch nicht in ausreichendem Maße auf die Förderung von Wohnungsbau und Eigentumsbildung. So brachte sie im Juni den Antrag mit dem zwar vielversprechenden Titel »Schneller, einfacher und kostengünstiger bauen in Brandenburg« ein.

Dieser beinhaltet aber lediglich die Forderung, dass die Landesregierung prüfen soll, inwiefern die Genehmigung von Bauanträgen vereinfacht werden kann. Zudem soll ein Entwurf für eine verschlankte Bauordnung erarbeitet werden, wobei auch hier nur auf die mögliche Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens abgezielt wird. Daher muss man diese Initiative eine Mogelpackung nennen, bei der die Überschrift wesentlich mehr verspricht, als der Antrag beinhaltet. Nötig ist vielmehr die konkrete Entlastung von Bauwilligen, etwa durch die Absenkung der Grunderwerbsteuer, wie die AfD-Fraktion sie bereits mehrfach im Plenum gefordert hatte (Drucksachen 7/5678 und 7/9530). Und warum wird im Antrag der Regierungsfractionen nun plötzlich gefordert, Baustandards und Baunormen abzusenken, während gleichzeitig der Staat selbst mit immer neuen Verordnungen und Gesetzen zu irrsinnigen Dämmstandards und CO₂-Abgaben das Bauen weiter verteuert? An dieser Stelle muss wieder zu einem vernünftigen Maß zurückgekehrt werden.

Rückzug der Investoren

Kritisch zu sehen ist auch der Antrag von SPD und BSW mit dem Titel »Bezahlbares Wohnen und sozialen Wohnungsbau sichern – Mietpreise wirksam begrenzen«. Denn immer neue staatliche Eingriffe und Verordnungen schaffen keinen



Daniel Münschke

Sprecher für Verkehr
und Bauen

Quadratmeter neuen Wohnraums. Mietpreisbremsen, Milieuschutzgebiete und das Gebäudeenergiegesetz sorgen – ganz im Gegenteil – für eine immer weitere Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt, weil potenzielle Investoren sich immer mehr zurückziehen und lieber gar nicht mehr bauen und modernisieren. Denn gedeckelte Mieten decken die Investitionen nicht mehr. Neubau rentiert sich für den Bauherrn auf diese Weise nicht. Ein Euro kann eben nur einmal ausgegeben werden, und jeder Vermieter muss entscheiden, ob er nun neuen Wohnraum baut oder energetisch saniert. Durch die Zwangsvorgaben für Eigentümer, bis 2030 bzw. 2045 ihre Immobilien auf den sogenannten Null-Immission-Standard zu erüchtigen, fallen die Entscheidungen in der Regel zugunsten von Sanierung von Bestandsimmobilien und gegen Neubau aus. Fazit: Der Staat bzw. die regierenden Parteien sind verantwortlich dafür, dass Abertausende Wohnungen fehlen. ■

FESTSTELLUNG DES ALTERS IST ZWINGEND ERFORDERLICH

Die Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern ist nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch der Rechtsstaatlichkeit. Das sieht nicht nur die AfD-Landtagsfraktion so, das ist auch die Meinung vieler Bürger im Land Brandenburg.

Wir haben einen Antrag mit dem Titel »Zwingende Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Ausländer durchführen« im Landtag eingebracht (Drucksache 8/1407), in dem wir fordern, was in jedem anderen Bereich des öffentlichen Lebens eine Selbstverständlichkeit ist: Wenn Zweifel bestehen, dann prüft man.



Lena Kotré

Innen- und remigrationspolitische Sprecherin

schützenswert. Ob das behauptete Alter glaubhaft ist, wird nicht systematisch überprüft. Stattdessen erwartet diese Person eine Inobhutnahme sowie Unterbringung und Betreuung – für durch-

ist ein Einladungssystem für Missbrauch – und das auf Kosten der Steuerzahler!

Wie kann es sein, dass erwachsene Männer mit Bartwuchs und entsprechendem männlichem Muskelaufbau sich in deutschen Jugendheimen wiederfinden, nur weil sie bei der Einreise behauptet haben, minderjährig zu sein? Laut offiziellen Angaben waren in Berlin 85 Prozent der angeblich »minderjährigen« Ausländer in Wahrheit volljährig. Wie kann es sein, dass trotz dieser Zahlen eine ärztliche Altersfeststellung nur in seltenen Fällen erfolgt?

Die AfD-Fraktion fordert: Diese absurde Rechtslage muss beendet werden! Wir verlangen eine gesetzliche Änderung, nach der eine medizinische Altersfeststellung in den Fällen zwingend ist, wenn kein gültiges Ausweisdokument vorgelegt wird. Diese Ermittlung muss nach den Standards der Arbeitsgemeinschaft für Forensische Altersdiagnostik (AGFAD) durchgeführt werden. Was heißt das konkret? Es geht um bewährte Verfahren: zahnärztliche Untersuchungen, Röntgen der Hand oder Schlüsselbeine, Feststellung des körperlichen Entwicklungsstandes. All das ist wissenschaftlich fundiert, bewährt und erprobt – etwa an der Charité Berlin oder am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf.

Es spricht natürlich Bände, dass die anderen Fraktionen unser berechtigtes Anliegen im Landtag abgelehnt haben. Uns geht es aber nicht nur ums Geld. Es geht um den Schutz unseres Rechts- und Sozialsystems. Es geht um die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns. Und es geht um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Wer sich unter falscher Altersangabe in ein Jugendhilfesystem mogelt, der kann sich auch im Strafverfahren Vorteile verschaffen. Wer zum Beispiel als »17-Jähriger« verurteilt wird, kommt mit Erziehungsmaßnahmen davon – statt mit der Strafe, die ein Erwachsener erhalten hätte.

Der Vertrauensverlust in unseren Rechtsstaat ist längst da. Wir dürfen ihn nicht noch größer machen. Unser Antrag richtet sich nicht gegen wirkliche Minderjährige, nicht gegen Kinder, nicht gegen Jugendliche, die Schutz brauchen. Er richtet sich gegen Erwachsene, die diesen Schutz missbrauchen. Und er richtet sich gegen ein System, das diesen Missbrauch nicht nur ermöglicht, sondern auch noch belohnt.



© picture alliance / Felix Kästle/dpa

Und wenn jemand eine privilegierte Behandlung beansprucht, dann muss er die Berechtigung dafür nachweisen. Es reicht nicht, dies lediglich zu behaupten.

Was aber ist die traurige Realität? Jeder, der an unserer Grenze auftaucht, auch ohne Papiere, und der ein Alter von unter 18 Jahren behauptet, gilt als Minderjähriger – und damit als besonders

schnittlich mehr als 5000 Euro im Monat. Allein im Land Brandenburg sprechen wir von Kosten in Millionenhöhe.

Deutschlandweit sind in den Jahren 2022 und 2023 über 67000 unbegleitete minderjährige Ausländer registriert gewesen, und das ist nur die offizielle Zahl. Sie alle ungeprüft als solche anzuerkennen, ist keine seriöse Migrationspolitik. Das

Die elektronische Patientenakte (ePA), wie sie derzeit mehr oder weniger zwangsweise eingeführt wird, gilt als Wundermittel fürs Gesundheitswesen: Sie würde angeblich Behandlungen verbessern, Bürokratie abbauen, Milliarden sparen. Doch die AfD-Fraktion warnt: Ohne wasserdichte Sicherheitsstandards droht ein Datendesaster. Gesundheitsdaten sind höchst sensibel und dürfen nicht in falsche Hände geraten (Drucksache 8/1083).

Dabei hat die ePA durchaus Potenzial: In der Notaufnahme könnte ein Arzt sofort Allergien, Medikamente oder Vorerkrankungen eines bewusstlosen Patienten einsehen. Apotheker könnten Wechselwirkungen von Medikamenten erkennen. Das kann Leben retten, besonders bei Patienten mit komplexen Krankheitsbildern. Doch der Preis ist hoch: Alle Daten landen in Rechenzentren – ein gefundenes Fressen für Hacker.

Der Chaos Computer Club deckte schon im August 2024 Sicherheitslücken auf. Die AfD-Fraktion fordert darum: Digitalisierung ja, aber nur mit maximaler Sicherheit. Was, wenn Daten schlicht geklaut werden? Arbeitgeber könnten Krankengeschichten lesen. Versicherungen könnten Kunden wegen Vorerkrankungen ablehnen. Kriminelle könnten Daten stehlen, damit erpressen oder sie manipulieren. Wer haftet in solchen Fällen? Niemand weiß es.

Hackerangriffe sind keine Frage des »Ob«, sondern des »Wann«. Die AfD-Fraktion sagt: Ohne höchste Sicherheitsstandards



© nman77, adobe stock

ist die ePA ein Risiko. Skandalös ist dabei das Einführungsverfahren: Jeder Versicherte erhält automatisch eine ePA, es sei denn, er widerspricht. Genau umgekehrt sollte es sein: Jeder Bürger sollte aktiv der ePA zustimmen müssen! Nur so kann jeder selbstbestimmt über seine Daten entscheiden.

Dazu aber schweigt die Landesregierung. Auf der Website des brandenburgischen Gesundheitsministeriums findet sich kein Wort zur ePA. Während seinerzeit die Corona-Impfkampagne mit teils fragwürdigen Infos beworben wurde, fehlt hier jede neutrale Aufklärung. Krankenkassen wie die AOK liefern nur Jubelberichte. Wer widersprechen will, muss sich durch viel ePA-Werbung kämpfen. Die AfD-Fraktion fordert darum Transparenz: Das Gesundheitsministerium muss ehrlich über Vor- und Nachteile aufklären. Die Unimedizin Cottbus könnte beispielsweise forschen: Spart die ePA wirklich Milliarden? Verbessert sie Behandlungen? Die Landesregierung muss handeln – auf Landes- und auf Bundesebene.

Ein Berliner Gesundheitskongress enthüllte kürzlich: Österreich nutzt die ePA zwar seit zehn Jahren. Doch ob sie Kosten spart oder Behandlungen verbessert, ist unklar, Studien fehlen. Ein Experte ließ durchblicken: »Der Staat braucht diese Daten.« Aber wofür? Darauf gab es keine Antwort. Das riecht nach Kontrolle, nicht nach Freiheit. Unser Standpunkt: Wenn



Dr. Daniela Oeynhausen

Gesundheitspolitische
Sprecherin

der Nutzen unbewiesen ist, muss die Sicherheit perfekt sein.

Auch Ärzte klagen: Die ePA ist umständlich, die Software funktioniert schlecht, und es dauert ewig, Dokumente hochzuladen. Manche sprechen von einem »PDF-Datenfriedhof«. Trotzdem wird die ePA ab Oktober 2025 verpflichtend. Ein Unding, wie wir meinen. Ärzte müssen frei entscheiden dürfen, ob sie mitmachen oder nicht. Schon jetzt ersticken Praxen in Bürokratie – immer weniger Ärzte wollen sich niederlassen. Die ePA darf sie nicht endgültig vertreiben.

Die AfD-Fraktion steht für den Schutz der Privatsphäre und die Selbstbestimmung der Bürger. Moderne Medizin ja, aber keine gläsernen Patienten. Wir fordern maximale Datensicherheit, damit Hacker keine Chance haben. Wir fordern Freiwilligkeit. Nur wer zustimmt, macht mit. Transparenz statt Propaganda. Die elektronische Patientenakte darf nicht zum Risiko für die Patienten werden. ■

Der Podcast der AfD-Fraktion Brandenburg



Jetzt Reinhören und abonnieren:



YouTube



Spotify Podcast



Apple Podcast



Google Podcast



deezer



© MoiraM, adobe stock

Die AfD-Fraktion ist auch in dieser Frage unmissverständlich: Wir sind für die Stärkung der Bundeswehr. Und das Land Brandenburg muss seinen Beitrag dafür leisten. Was aber SPD und CDU hierbei vorlegen, ist in vielen Punkten unambitioniert, teils widersprüchlich – und ignoriert zentrale sicherheits- und gesellschaftspolitische Realitäten. Wir sagen es deutlich: Diese beiden Parteien sind schuld an der Misswirtschaft in der Bundeswehr!

Wenn in Deutschland ein General die Missstände offen anspricht, wenn er also unbequem wird, muss er gehen. Ein verantwortungsvoller Umgang ist das nicht. Noch ein kritisches Wort zu den Zuständen im Heeresbeschaffungamt: Anstatt sich darauf zu konzentrieren, dass die notwendige Ausrüstung besorgt und vervollständigt wird, werden Millionen für Beraterverträge ausgegeben. Der bekannteste ist der Vertrag über zehn Millionen Euro

Daniel Freiherr von Lützow

Sprecher für Brand- und Katastrophenschutz



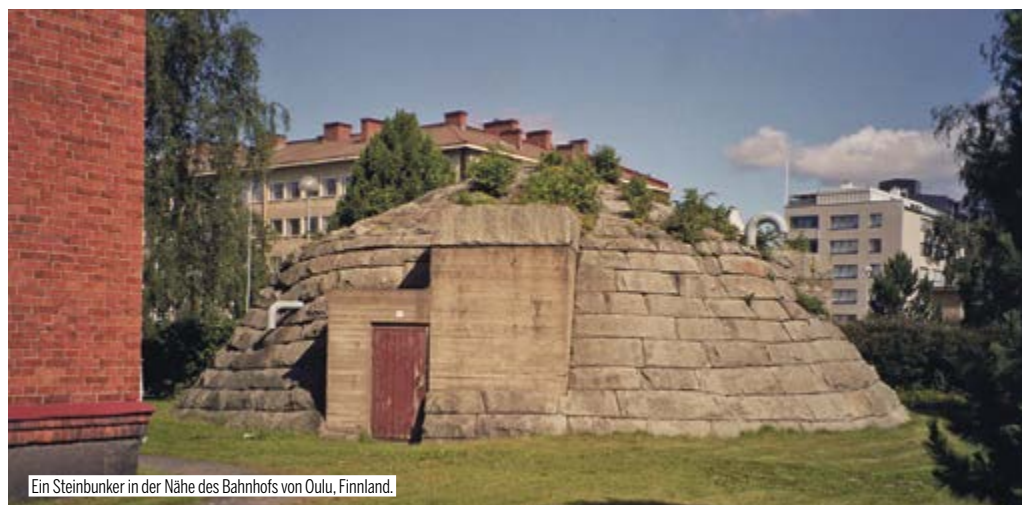
mit dem Unternehmen McKinsey, wo ein Sohn von Ursula von der Leyen gearbeitet hat. Nur ganz zufällig war sie CDU-Verteidigungsministerin, als das stattfand.

Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn Vertreter von SPD und CDU auch einmal offen zugeben würden: »Wir haben in den letzten 15 Jahren in diesem Bereich viel kaputt gemacht, es tut uns leid. Aber jetzt müssen wir vernünftig aufbauen, um unsere Heimat verteidigen zu können!« Wer aber meint, allein durch das Streichen einer Zivilklausel an Hochschulen mehr

Sicherheit zu schaffen, verkennet die strategische Lage und den Bedarf an umfassender Widerstandskraft – geistig wie materiell.

Die AfD-Fraktion hat einen Änderungsantrag mit dem Titel »Bundeswehr zur Landesverteidigung ertüchtigen, Konfliktbeilegung und Diplomatie gesellschaftlich verankern sowie Zivilschutzanlagen/Bunkeranlagen nach finnischem Vorbild ermöglichen« (Drucksache 8/1461) eingereicht, der die CDU-Vorschläge um dringend notwendige sicherheitspolitische Inhalte ergänzt. Wir fordern erstens die Verankerung der Berufsinformation durch Sicherheitsbehörden und Bundeswehr an Schulen – ohne politische Beeinflussung. Unsere Kinder müssen verteidigungsfähig werden – und nicht kriegswillig gemacht werden. Es geht um Aufklärung, nicht um Militarisierung des Schulalltags. Zweitens sollen Diplomatie und Konfliktbeilegung gesellschaftlich verankert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur die Fähigkeit zur Verteidigung, sondern auch der Wille zum Frieden aktiv gelebt wird. Deutschland war einmal bekannt für seine kluge, vermittelnde Außenpolitik. Heute hören wir von Regierungsparteien allen Ernstes, man müsse »kriegstüchtig« werden. Was wir aber brauchen, ist Verteidigungs- und Friedensfähigkeit! Drittens: Was nützt die beste Armee, wenn im Ernstfall keine Schutzräume für die Bevölkerung vorhanden sind? In Finnland sind 80 Prozent der Bevölkerung im Ernstfall geschützt. Und in Deutschland? Kaum mehr als ein Prozent. Wir fordern deshalb: Alle neu zu bauenden öffentlichen Gebäude – Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsbauten – müssen mit Schutzräumen ausgestattet werden.

Verantwortung zu übernehmen, heißt auch, sich um die über 450.000 Einsatzveteranen zu kümmern. Die Politik hat unsere Soldaten in Kriege des Auslands geschickt, und fast alle von ihnen leiden mehr oder weniger bis heute unter den psychischen Belastungen der Kampfeinsätze. Viele Kameraden kamen damit nicht klar und haben sich das Leben genommen, andere müssen 16 Jahre und mehr um die Anerkennung schwerer Krankheiten kämpfen. Statt Kasernen zu Asylheimen zu machen, sollten SPD und CDU eine Stiftung gründen, die sich um die Einsatzveteranen kümmert. ■



© Mettern, CC BY 3.0

Der vielleicht wichtigste Großbetrieb Brandenburgs, das PCK Schwedt, ist in großer Gefahr. Die Auswirkungen bei einem Scheitern der Rettungsbemühungen wären wirtschaftlich unabsehbar. Ich möchte an dieser Stelle aber nicht nur vom Unternehmen PCK reden, sondern auch über die Menschen, die dort leben, arbeiten, Familien gründen und Kinder großziehen, über eine Stadt, die über Jahrzehnte hinweg wirtschaftlich, sozial und kulturell von der PCK-Raffinerie geprägt wurde. Die Rede ist von über 1200 Beschäftigten. Ihre Familien, ihre Existenzen stehen erneut auf der Kippe, weil die Beschäftigungsgarantie für das PCK wieder einmal nur befristet verlängert wurde. Diese Unsicherheit, dieses politische Zögern auf Bundesebene versetzt eine ganze Region in Unsicherheit. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das ist eine menschliche Zumutung.

Keine stabile Versorgung

Schwedt hatte in den vergangenen Jahren mehr zu schultern, als viele andere Städte es je mussten. Das Embargo gegen russisches Öl, von der Bundesregierung ohne Rücksicht auf die regionalen Folgen durchgesetzt, hat unsere Raffinerie schwer getroffen. Produktionskürzungen, ausbleibende Investitionen, der Verlust von Planungssicherheit – all das hat Spuren hinterlassen, in den Bilanzen des Unternehmens, aber vor allem auch in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Im Jahr 2022 versprach man den Menschen in Schwedt einen sogenannten Rettungsplan. Dieser war hektisch gestrickt und in Teilen unausgereift. Bis heute funktioniert die Versorgung mit alternativen Rohstoffen nicht stabil; es kommt immer wieder zu Ausfällen, zu Unsicherheiten. Die Notfallpipeline von Rostock



© picture alliance/dpa | Fabian Sommer

ist technisch überaltert. Der Antrag auf EU-Förderung für ihren Neubau liegt seit Jahren in Brüssel und kommt nicht voran. Das ist politisches Versagen mit Ansage.

Was sollen die Einwohner von Schwedt daraus schließen? Dass ihre Lebensrealität in Berlin oder Brüssel keine Rolle spielt? Dass man eine ganze Region opfert, weil sie nicht ins energiepolitische Wunschbild passt? Ich sage es offen: Viele Menschen in Schwedt empfinden das als gezielten Rückzug des Staates aus ihrer Heimat – so als wolle man die Raffinerie bewusst gegen die Wand fahren lassen, nur um politisch ein grünes Häkchen setzen zu können.

Nötig ist Sicherheit

Das darf nicht sein! Die Belegschaft des PCK hat in all diesen Jahren nicht geklagt, sondern gearbeitet. Sie hat geschuftet, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, nicht nur



Norbert Rescher

Sprecher für den
Bereich PCK

für sich selbst, sondern für ganz Nordostdeutschland – für die Versorgung mit Benzin, Diesel, Heizöl und Kerosin. Was sie jetzt braucht, ist kein weiteres Vertrösten. Sie braucht Sicherheit, sie braucht Perspektive, und sie braucht eine sichere Zukunft. Deshalb fordert die AfD-Landtagsfraktion die sofortige Entfristung der Beschäftigungsgarantie für alle PCK-Mitarbeiter, ein Ende des einseitigen Öl-embargos sowie einen verbindlichen Zukunftsplan für das PCK noch in diesem Jahr (Drucksache 8/1413). Denn eines ist klar: Schwedt ist nicht nur ein Punkt auf der Landkarte. Schwedt ist Herz, Kraft und Durchhaltewillen.

Die Landespolitik muss diesen Menschen ein stabiles Fundament bieten. Wer, wenn nicht sie? Schwedt verdient Verlässlichkeit, Schwedt verdient Anerkennung, und Schwedt verdient Zukunft. Das fordert die AfD-Fraktion im Namen all jener, die nicht in Talkshows oder am Kabinetttisch sitzen, sondern in Frühschicht, Nachtschicht und Feiertagsschicht schindern – für uns alle.



MILLIARDENGRAB BER

Die aktuelle Infobroschüre der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg zum BER-Untersuchungsausschuss. AfD-Abgeordnete berichten von ihrer Arbeit und liefern Hintergrundinformationen zum Finanzskandal um den Berlin-Brandenburger Flughafen.

Beziehen Sie unsere Broschüren **kostenfrei** über afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren

ENERGIE GÜNSTIG UND VERLÄSSLICH ERZEUGEN



© René Mettke, CC BY-SA 3.0

Dieser Tage hat sich Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) für den Bau und den Betrieb neuer Gaskraftwerke in der Lausitz ausgesprochen. Sie sollen 2027/28 ans Netz gehen. Die Einsicht der Bundesregierung, dass im Zuge der bisher verfolgten Abschaltspolitik auch eine Einschaltpolitik betrieben werden muss, kam sehr spät. Aber richtig: Es reicht eben nicht, Zufallsstromerzeuger wie Wind- und PV-Anlagen ans Netz anzuschließen und auf entsprechendes Wetter zu hoffen.

Wer vergütet die Reserve?

Nachdem die Entscheidung zur Ausschreibung von Ersatzkraftwerken per Reservekraftwerksgesetz von den Wirtschaftsministern Altmaier und Habeck über Jahre verzögert wurde, drängt nun die Zeit. Denn der Aufbau der Gaskraftwerke soll ja mit dem Kohleausstiegsgesetz konform bleiben. Wenn Investoren gefunden werden sollen, müssen die Ausschreibungen mit staatlichen Hilfen unterlegt werden, mit Baukostenzuschüssen oder anderen Beihilfen. Und sie müssen

von der Einführung eines Kapazitätsmarktes begleitet werden. In diesem Zusammenhang muss zudem darüber gesprochen werden, wie die Reservestellung der Kraftwerke vergütet werden soll, da ihre prognostizierte Betriebsstundenzahl eine Amortisierung absehbar nicht ermöglichen dürfte. Weil sie eben Reservekraftwerke sind, werden sie nicht ständig in Betrieb sein. Ihre Leistung wird, wie auf der Hand liegt, nur dann gebraucht, wenn die anderen Stromquellen nicht genügend liefern.

Alles wird Jahre dauern

Die Ausschreibungen für den Bau neuer Gaskraftwerke werden wahrscheinlich Ende 2025 formuliert und 2026 veröffentlicht, sofern die EU Kommission zustimmt und die Konditionen der Staatshilfen geklärt sind. Das Verfahren mit Zuschlagserteilung, Baubeschlüssen, Antragsgenehmigungen, Bau und Montage wird sich dann mindestens fünf Jahre hinziehen. Die Lieferzeit für Gasturbinen und Großtransformatoren liegt bei circa fünf Jahren. Andere Aggregate und Ausrüstungen

sind nicht viel schneller erhältlich. Mit der Inbetriebnahme dieser Kraftwerke kann erst etwa ab Mitte der 2030er-Jahre gerechnet werden.

Als absolutes Ziel für die Dekarbonisierung wird nach wie vor das Jahr 2045 verkündet, ohne auch nur im Ansatz eine Plausibilitätsprüfung für die Umsetzung dieses Vorhabens anzustellen. Das würde aber bedeuten, dass die vorgesehenen Ersatzkraftwerke auf Gasbasis – die ja dann verboten sein werden – nur etwa zehn Jahre in Betrieb sein könnten. Eine Amortisierung könnte damit nicht erreicht werden – das müsste durch Staatsgeld kompensiert werden. Nur – dieses Geld ist in der angespannten Haushaltssituation heute nicht vorhanden und wird auch später nicht vorhanden sein. Die Bereitschaft der Investoren, sich für neue Gaskraftwerke zu bewerben, kann aber nur mit einer garantierten Laufzeit erreicht werden und der Gewissheit, dass sie keinen Verlust machen. Das bedeutet, dass ein neues, realistisches Ziel für den Zeitpunkt der Dekarbonisierung zu setzen ist (Drucksache 8/1368). Ohne die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Technologien wie

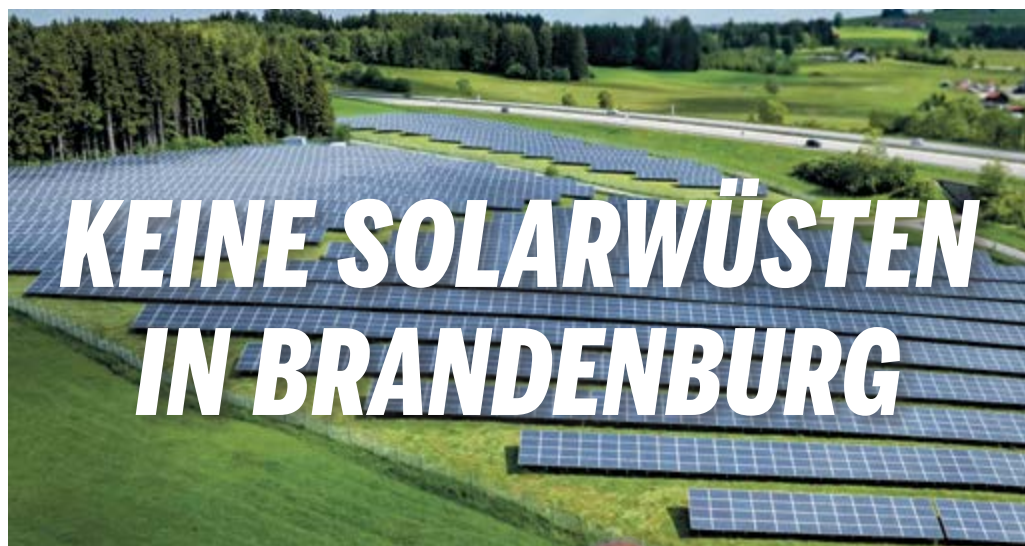


Steffen Kubitzki

Energiepolitischer
Sprecher

Kernkraft und CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) wird das nicht erreichbar sein. Alle Länder dieser Welt streben nach einem breiten Energiemix. Deutschland als Industrieland hingegen hat dies ohne Not eingeengt und verlässt sich auf zufällige Naturenergie. Es ist absehbar, dass dieser Weg nicht erfolgreich sein wird. Der Traum vom grünen Wasserstoff ist ausgeträumt.

Eine neue Energiestrategie des Landes ist also zwingend erforderlich. Die AfD-Fraktion setzt sich für eine technologieoffene Energiestrategie ein (Drucksache 8/1408). Die Energiestrategie 2040 muss endlich überarbeitet und auf eine realistische Grundlage gestellt werden. ■



© Countrypixel / adobe stock

Verwaltungsvereinfachung in den Bereichen Landnutzung und Umwelt ist ein Gebot der Stunde. Eine Überprüfung der Fachgesetze hat ergeben, dass im Wasser-, Natur- und Immissionsschutz die Bürokratie ausufert. Welch eine Erkenntnis! Tatsächlich besteht bei der Zulassung des Betriebs von Stau- und Schöpfanlagen ein erhebliches Defizit. Auch die Regierenden geben inzwischen zu, dass verschiedene Normen entweder bedeutungslos sind oder, was ihre Anwendung angeht, zu zeitaufwendig.

Einen Beitrag zur allgemeinen Misere in Brandenburg hat das zweifellos geleistet. Was die Landes- und Bundespolitik betrifft, sprechen die Zahlen für sich: Die Weltwirtschaft wuchs im vergangenen Jahr um 3,3 Prozent. In Deutschland wuchs sie um 0,2 Prozent. In Brandenburg ging die Wirtschaftsleistung um 0,7 Prozent zurück. Wenn nicht Tesla hier einen Betrieb aufgebaut hätte, dann stünden wir sogar zweistellig im Minus. Wir befinden uns hier in Brandenburg nicht nur in einer wirtschaftlichen Katastrophe, sondern – man kann es nicht anders ausdrücken – in einer Tragödie. In einer vollumfänglichen wirtschaftlichen Tragödie.

Der SPD müsste man die Frage stellen, was hat diese Partei in den über 30 Jahren als Regierungspartei in diesem Land eigentlich getan? Warum hat sie die Gesetze und sonstigen Vorschriften immer weiter und weiter verkompliziert und aufgebläht? Warum hat sie ohne Rücksicht auf Verluste eine Wand aus bürokratischen Hürden errichtet, die kaum noch bewältigt werden können? War das mehr, als dass die SPD ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen wollte?

**Torsten Arndt**Sprecher für
Bürokratieabbau

Und was stellt diese SPD nun vor, um hier zu heilen und Schuld abzutragen? Sie schüttet das Kind mit dem Bade aus und will Normen beseitigen, die zwingend zum Schutz unserer Umwelt erforderlich sind. Sie will die genehmigungsfreie Errichtung von Agri-Photovoltaik-Anlagen in Landschaftsschutzgebieten! Dem kann die AfD-Fraktion grundsätzlich nicht zustimmen, ob mit Bebauungsplan oder ohne (Drucksache 8/1462)!

Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus gibt die SPD ein Drittel der Fläche Brandenburgs – so groß ist die Gesamtheit

der Landschaftsschutzgebiete in etwa – zur landschaftlichen Zerstörung frei. Naturgenuss ohne Störung durch PV-Anlagen wird es bald nicht mehr geben. Das ist mehr als traurig, nicht nur für uns Brandenburger. Aber es kostet auch Geld. Der Tourismus wird zurückgehen und damit eine wichtige Einnahmequelle für Brandenburg sich verringern. Mit dieser Regelung fügt die SPD unserem Land massiven Schaden zu.

Was die Sache noch viel schlimmer macht: Sie ist völlig sinnfrei. Der Naturschutzbund (NABU) – nicht unbedingt ein Freund der AfD-Fraktion – hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Brandenburg bereits jetzt auf einem »hervorragenden Weg« sei, die energiepolitischen Ziele bei Windkraft und Photovoltaikanlagen bis zum Jahr 2040 zu erreichen. Für eine Energiewende in diesem Sinne werden die Landschaftsschutzgebiete schlicht nicht gebraucht.

Was den Zustand der Schöpf- und Stauanlagen angeht, so muss die AfD-Fraktion anprangern, dass in der Vergangenheit ganze Kulturlandschaften durch wissenschaftliche Unterlassung ihrer Pflege der Überflutung preisgegeben wurden, Stichwort: Brandenburger Moorprogramm. Um dies zu verhindern, braucht es bei Hochwasserschutzanlagen der Gewässerordnung I einen Überblick und eine Kontrolle derselben. Dies kann unserer Meinung nach nur durch die Beibehaltung der Erlaubnispflicht – heißt: Kontrollpflicht – erfolgen. Für Gewässer der Gewässerordnung II ist dies nicht erforderlich. Wir sagen: Bürokratieabbau, ja! Ökologisches Wildwest, nein!





© picture alliance/dpa | Jörg Carstensen

Liberalisierung der Sonntagsöffnungszeiten? Ja sicher, das klingt schon ganz knackig, und das war ja wohl auch die Absicht der CDU-Fraktion, als sie diesen Antrag im Landtag einbrachte (Drucksache 8/986). Die Christdemokraten werden viel Spaß mit den Gewerkschaften, der Kirche und ihrem künftigen Lieblings- bzw. Wunschkoalitionspartner von der äußerst linken Seite haben – so viel kann schon mal angekündigt werden.

Die AfD-Fraktion plant jedenfalls kein Schaulaufen und beteiligt sich auch nicht daran. Ihr wichtigstes Ziel ist es, die Lebensqualität aller Brandenburger zu verbessern. Dazu zählt selbstredend auch, kleine Innenstädte in ländlichen Räumen zu erhalten. Ihre Attraktivität und den dortigen Einzelhandel zu fördern, ist fraglos ein anspruchsvolles, ein lohnendes Ziel. Lokale Geschäfte stehen im harten Wettbewerb mit zahlreichen Online-Shops, bestellen doch viele Menschen lieber bequem aus dem häuslichen Wohnzimmer, anstatt extra irgendwohin zu fahren.

Was muss aus Sicht der AfD-Fraktion geschehen, damit mehr Menschen zum Einkaufen in unsere Innenstädte insbesondere im ländlichen Raum fahren? Genügt es, mit Sonderangeboten aufzuwarten? Die gibt es meist günstiger übers Netz. Reicht es aus, verlängerte Öffnungszeiten oder einen verkaufsoffenen Sonntag einzuführen? Eher nicht. Denn im Netz kann man sieben Tage in der Woche 24 Stunden lang einkaufen. Helfen bequeme Sitzmöglichkeiten oder mehr Grün in der Innenstadt? Das ist nicht falsch, aber für



Tim Zimmermann
Mittelstandspolitischer
Sprecher

sich genommen auch zu wenig, um die Menschen in die Innenstädte zu locken. Attraktive Gastronomieangebote, gutes Essen, Kaffee und Kuchen oder ein Soft- eis – das könnte die Entscheidung für einen Ausflug fördern, gibt es aber vielerorts auch heute schon.



© Viesturs, adobe stock

Das Grundgesetz ist in Artikel 139 ziemlich deutlich: »Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.« Arbeitnehmerrechte sollten auch künftig

maßgebend sein. Verschließen wir nicht die Augen vor den Nachteilen der Sonntagsöffnung. Selbst wenn im Einzelhandel genug Mitarbeiter gefunden werden, legen diese oft Wert auf einen Sonntag mit Kindern und Lebenspartner. Ein Kunde, der am Sonntag kauft, kommt am Montag nicht noch mal. Unterm Strich gibt es also keine Umsatzsteigerung, aber zusätzliche Personalkosten.

Im April 2021 hat das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung ein breit aufgestelltes Bündnis zur Innenstadtförderung ins Leben gerufen. Diesem gehören neben dem Ministerium selbst als weitere Partner die IHKs, Handels- und Wohnungsunternehmensverbände, die AG Städteforum Brandenburg sowie der Städte- und Gemeindebund Brandenburg an. Dieses auf sechs Jahre angelegte Bündnis hat aber nach rund vier Jahren noch nicht viel erreicht. Innenstadterrettung? Kaum Ergebnisse. Mit schlichten Maßnahmen lässt sich eben nicht viel bewirken. Was Menschen wirklich in Bewegung setzt, sind in der Tat Veranstaltungen, Stadtfeste, Tage der offenen Tür, Sportevents, Marathons, Halbmarathons, Volksläufe und Ähnliches. Es muss also etwas los sein, was es nicht auf dem heimischen Sofa gibt. Fachleute sprechen davon, den sogenannten Funktionsmix zu verbessern: Möglichst viele Aktivitäten in Kooperation aller Akteure sollten stattfinden. Der Fokus müsse auf regionale Produkte ge-

legt werden, und die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten sei zu erhöhen. Die AfD-Fraktion wirbt für einen ganzheitlichen Ansatz. Von Sonntagsöffnungszeiten sollte man sich nicht alles versprechen. Ja, nicht einmal besonders viel. ■



Die Brandenburger Wirtschaft befindet sich seit drei Jahren im Minuswachstum. Die einen reden von Erfolgen, die anderen schreiben Brandbriefe. Das ist die Realität hier in unserem Bundesland. Betriebsräte großer Unternehmen und Gewerkschaften in Brandenburg haben einen Brandbrief an den Bundeskanzler geschrieben. Darin haben sie nicht etwa einzelne Punkte der Energiepolitik kritisiert, sondern die Energiewende insgesamt. Klar ist doch: Bei einem Minus in der Industrieproduktion von fünf Prozent, der Zunahme der Insolvenzzahlen um 25 Prozent und bei rund 88 000 Arbeitslosen muss es einen Kurswechsel geben. Die regierende SPD spielt sich auf der einen Seite als Wahrer der sozialen Sicherheit auf, auf der anderen Seite aber wird die Politik der Transformation vorangetrieben. Klimapolitik wird zur Planwirtschaft erklärt – und dies mit fatalen Folgen. Selbst die *Wirtschaftswoche* musste im Mai dieses Jahres feststellen: Deutschland blutet durch die von der Regierung verordnete grüne Transformationspolitik aus.

Was wir erleiden, ist eben nicht nur eine Übergangskrise, es ist der nachhaltige Preis einer Klimarettungspolitik, die uns viel Geld kostet. Es ist der Preis einer Energiepolitik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Unternehmen immer öfter und immer mehr infrage stellt. Es ist nicht zuletzt der Preis einer verfehlten Fachkräftepolitik, die mehr unsere innere Sicherheit bedroht, als dass sie qualifizierte

Fachkräfte für unsere Unternehmen ins Land holt.

Die AfD-Landtagsfraktion fragt: Wann wird der Wahnsinn der Dekarbonisierung und der Transformation endlich beendet? Denn Deutschland und Brandenburg sind die Verlierer dieser Politik, auch bei den Investitionen in die Produktion oder bei den hohen und instabilen Energiepreisen. Brandenburgs Wirtschaftsminister aber träumt weiter von einer Wasserstoffstrategie, die keine Produzenten und Abnehmer findet. Die Wirtschaft in Brandenburg braucht keinen Tagträumer, sie braucht zukunftsfähige und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die der Brandenburger Wirtschaft helfen, ihre qualifizierten Mitarbeiter leistungsgerecht zu bezahlen, wettbewerbsfähig zu bleiben und Investitionen in die Zukunft zu tätigen.

Wir fordern nicht nur einen radikalen Kurswechsel in der Energiepolitik, sondern bieten auch die Lösungen dafür an. Die Abschaffung der CO₂-Bepreisung wäre ein Anfang zur Senkung der Energiekosten (Drucksache 8/1470). Unsere Forderungen sind das Ergebnis aus den unzähligen Brandbriefen und Gesprächen mit Vertretern aus Industrie, Handwerk, Handel und natürlich auch den Verbänden, die sich immer wieder melden. Wir fordern daher: runter mit den Energiepreisen, runter mit der Energiesteuer. Schon jetzt steht fest: Die CO₂-Bepreisung und der ab 2027 beschlossene Einstieg in den Emissionshandel der EU werden auch die Brandenburger Wirtschaft zusätzlich unter Druck

bringen. Wir fordern die Glättung von extremen Preisspitzen bei den Strompreisen, denn nur so können wir zukünftig Produktionsstopps und Werksschließungen verhindern.

Die Prüfung und die Aussetzung unsinniger bürokratischer Lasten für Unternehmen dürfen kein leeres Versprechen mehr sein. Wir wollen weiterhin Doppelungen von Regelungen, Auflagen,



Steffen John

Sprecher für Wirtschaft
und Arbeit

Nachweispflichten und Berichtspflichten in der gesamten Landesverwaltung streichen. Sonderwirtschaftszonen in der Lausitz und in der Uckermark können vor Ort tatsächlich neue Anreize für Investoren bieten.

Mein Appell an die Landesregierung: Stellen Sie den wirtschafts- und energiepolitischen Amoklauf endlich ein! Setzen Sie auf eine jederzeit sichere und bezahlbare Energieversorgung mit ausreichend grundlastfähigen Gas- und Kernkraftwerken und geben Sie den Forschungen zu modernen Dual-Fluid-Kraftwerken eine Chance! ■



© Moritz Lange / unsplash

Wohl nur wenige Brandenburger kennen das jetzige Landes-Marketing-Motto »Es kann so einfach sein.« Was aber soll dieser Satz bedeuten? Ist das mehr als eine Verbalberung? Die sogenannte Werbung für unser Land erschöpft sich in einem teuren, links-ideologisierten Musikvideo. Es fehlt die Bindung der Menschen an das Land und an seine Traditionen. Es fehlen die Anreize auf der ganzen Linie.

Das wollte die AfD-Landtagsfraktion mit dem Antrag 8/1380 für eine neue Landes-Werbestrategie ändern. Denn die Brandenburger wissen: Das Leben in unserem Bundesland ist für sehr viele Menschen überhaupt nicht einfach. Die Bürokratie der Europäischen Union und des Bundes stellt eine außerordentliche Belastung dar und erschwert freies Wirtschaften. Die deutsche Dauerkrise, die Verbotsorgie und das Hineinregieren in alle Bereiche machen das Leben unnötig kompliziert in unserem schönen Land.

Von Fontane bis Jahn

Wir meinen: Um sich dagegen zu behaupten, ist der Rückgriff auf Traditionen, auf historische Grundlagen sehr wichtig. Deshalb haben wir als Leitmotto den Satz gewählt: »Möge die Mark mit dir sein.«

So wollen wir Brandenburg mit der deutschen Ostbesiedlung durch die Markgrafen als Teil des glanzvollen Heiligen Römischen Reiches beworben sehen. Als Kernland Preußens besaß die



Roman Kuffert

Kulturpolitischer
Sprecher

»Streusandbüchse«, wie die Mark in frühneuzeitlichen Quellen genannt wurde, eine besondere Relevanz. Fontane durchwanderte diese Landschaften, und als einer der bedeutendsten Schriftsteller deutscher Sprache legte er historische Schichten frei – er, der Goethe der niederdeutschen Landschaft.

Die Sportgeschichte Mitteleuropas verbindet sich eng mit Friedrich Ludwig Jahn, mit einem Mann, den die Nachwelt als »Turnvater Jahn« verehrt. In seiner Schrift *Deutsches Volksthum* schreibt er: »Arbeiten können gibt Selbstvertrauen, verleiht das wohlthuende Gefühl der Unabhängigkeit [...]. Aussicht, den Unterhalt erwerben zu können, erhebt über Unglück und Knechtschaft, die das größte von allen Übeln ist.«

Viele Menschen haben nach 1990 diese Aussicht verloren. Zu unserem Konzept gehört daher auch eine Neubewertung der Wiederaufbauleistung der Menschen in der DDR. Hunderttausende Arbeiter hatten nach 1945 aufgebaut, was leichtfertig nach 1989 verspielt wurde. Die katastrophale Nachwendepolitik hat die Menschen

enttäuscht und führte in den fünf neuen Ländern zur Arbeitslosigkeit von Millionen und zu einem der größten wirtschaftlichen Niedergänge in ganz Europa.

Mit einem »Stolzpass« des Landes wollen wir dazu beitragen, dass die Menschen besseren Zugang zu ihren Kulturinstitutionen finden. Denn die freiwilligen Leistungen des Staates stehen zunehmend infrage, sind also diejenigen, um die gekämpft werden muss. Museen und Theater gehen im Staat der Massenverschuldung, der kostenintensiven Massenmigration und der Wirtschaftskrise besonders schweren Zeiten entgegen. Es bedarf hier vielseitiger Ideen und neuer Finanzierungsmodelle.

Eine brandenburgische Identität

Das kostbarste Erbe der Menschen in Brandenburg aber besteht in dem niemals verlorenen Freiheitsgedanken. Diese überall spürbare Haltung der Bewohner unserer Landschaften von der Uckermark bis ins Elstertal, von der Prignitz bis in die Lausitz richtet sich gegen die geistigen Vorgaben und Vorschriften der Herrschaft. Dies vielfältig auszugestalten, sollte Anliegen einer Kulturräumförderung ab 2027 sein. Attraktiv dotierte Historiker-, Kunst-, Philosophie- und Literaturpreise stimulieren auf ihre Weise. Und vergeben werden sollten sie für Leistungen, die der Weiterentwicklung landschaftlicher, brandenburgischer oder deutscher Identität dienen. ■



© Vladimir Wrangel, adobe stock

Wenn wir auf die Lage der wendischen Sprache und Kultur bei uns in der Niederlausitz schauen, zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Bezüglich der Sprache müssen wir feststellen, dass sie in ihrer Fortexistenz akut bedroht ist und aktuell fast ausschließlich von der Betreuung in Kitas mit sorbischen/wendischen Bildungsangeboten, dem Unterricht in der Schule oder dem privaten Interesse und Engagement Einzelner abhängt. Programme wie Witaj, das Zorja-Projekt, Presseerzeugnisse wie der *Nowy Casnik* und all jene Menschen, die sich in Museen, Heimatstuben und Kulturvereinen für den Erhalt der wendischen Sprache engagieren, leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Um die sorbische/wendische Kultur steht es bei uns in Südbrandenburg glücklicherweise besser. Sie ist lebendig, stabil

und tief in unserer Heimat verwurzelt. Traditionelle Bräuche und Veranstaltungen werden von Menschen in der Lausitz organisiert und mit Leben erfüllt, unabhängig davon, ob sie wendischer oder deutscher Abstammung sind oder auch die Historie beider Völker in sich tragen. Über Jahrhunderte hat sich in der Lausitz eine einzigartige Symbiose aus deutschem Kulturgut und sorbischen/wendischen Bräuchen entwickelt. Diese Mischung macht die Lausitz zu etwas Besonderem. Darauf sind wir als AfD-Fraktion stolz, und das wollen wir bewahren.

Doch kann man den Fortbestand des Sorbischen/Wendischen mit keinem Geld der Welt, mit keinem Antrag, der im brandenburgischen oder einem anderen Parlament beschlossen wird, langfristig sichern (Drucksache 8/676). Was es dafür wirklich braucht, ist ein tiefes Bewusstsein dafür, wie wichtig die sorbischen/wendischen

Einflüsse auf die Entwicklung der Kultur in der Lausitz waren und sind. Es reicht eben nicht, Ortsschilder zweisprachig zu beschriften, Wahlplakate auf Wendisch aufzuhängen oder Grußworte bei Domowina-Veranstaltungen mit zwei auswendig gelernten Sätzen auf Wendisch zu beginnen.

Viel wichtiger ist es, die Menschen vor Ort, diejenigen, die wendische Tradition aktiv leben und damit in die neue Zeit tragen, zu unterstützen – natürlich finanziell, aber vor allem auch ideell, indem man ernsthaftes Interesse zeigt, sich einbringt und den Wert des Wendischen für unsere Heimat tatsächlich erkennt.

Ein großes Dankeschön geht dabei vor allem an die Domowina-Jugend in und um Cottbus – macht weiter so! Lasst euch nicht einreden, Osterfeuer würden das Klima verpesten, das Hahnrupfen sei Tierquälerei, das Tragen einer Tracht altmodisch oder die Annemarie-Polka irgendwie

Jean-Pascal Hohm

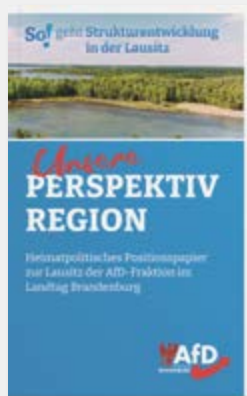
Sprecher für
die Lausitz



rechtsextrem! All das ist linke Propaganda. Wir machen da nicht mit, wir stehen hinter euch!

Der Umgang mit dem Sorbischen/Wendischen in unserer Heimat sagt auch etwas Grundsätzliches über uns Deutsche aus. Wir sind keineswegs ein Volk, das anderen Kulturen, Völkern und Einflüssen grundsätzlich abweisend gegenübersteht. Ganz im Gegenteil: Wenn Bräuche und Traditionen unser Leben tatsächlich bereichern, wenn sie unsere Art zu leben nicht infrage stellen, nehmen wir sie offen auf. Die Geschichte der Lausitz ist dafür das beste Beispiel. Hier sind deutsche und wendische Elemente zu einem Ganzen verschmolzen, das unsere Identität prägt.

Bewahren wir die Lausitz als das, was sie ist: eine Region im Osten der Republik, im Herzen Europas und die Heimat großartiger Menschen sowie einer beeindruckenden Kultur.



UNSERE PERSPEKTIVREGION

Heimatpolitisches Positionspapier zur Lausitz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Strukturwandel und Bevölkerungsrückgang treffen die Lausitz wie keine zweite Region in Brandenburg. Es gibt viel zu tun, um dort die Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu schaffen. Die Broschüre der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg stellt die dafür notwendigen Maßnahmen vor.

Beziehen Sie unsere Broschüren **kostenfrei** über afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren



© Keystone Press, alamy stock

Den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR zu würdigen und dauerhaft in unserer Erinnerungskultur zu stärken, ist zweifellos ein wichtiges Anliegen. Das hat die AfD-Fraktion unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, als dieses historische Ereignis im Landtag zur Debatte stand (Drucksache 8/1147). Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung an jene mutigen Deutschen wachzuhalten, die im Angesicht eines militärisch-repressiven Besatzungsregimes den Mut fanden, auf die Straßen zu gehen und für ihre Freiheit einzustehen.

Standen erst die schlechte Versorgungslage und die Normerhöhungen im Vordergrund, so verlieh den Demonstrationen bald der Ruf nach nationaler Einheit eine ungeheure Wucht. Der Protest, der sich an diesem historischen Tag organisierte, war wie ein Sturm, der plötzlich losbrach – kraftvoll, aber zum Scheitern verurteilt. »Der Aufstand musste scheitern, da die von den Siegern festgelegten Machtbereiche sich nicht ändern durften. Der Ruf nach Freiheit verhallte ungehört«, so der Publizist Wolfgang Strauß. Der Wille der Besatzer in Ost und West, Deutschland zu zerschlagen und ihm seine Souveränität zu nehmen, ließ auch eine Revision der Nachkriegsordnung zu diesem Zeitpunkt nicht zu, und auf Hilfe aus dem Westen warteten die Aufständischen daher vergeblich.

Beim 17. Juni haben wir es mit einem denkwürdigen Ereignis zu tun, das auch gegenwärtige Relevanz besitzt. Das historische Erinnern an Unfreiheit,

Unterdrückung, Ausbeutung und Diktatur wäre unaufrichtig, wenn wir nicht bereit sind, auch in der Gegenwart dagegen aufzustehen. Wenn man – wie wir es heute erleben – laut über das Verbot der



Dr. Dominik Kaufner

Sprecher für
Erinnerungspolitik

Opposition nachdenkt, dann sind wir erschreckend nahe dran am Demokratiebegriff der »Deutschen Demokratischen Republik« und ihrem »Kampf gegen den Faschismus«, an dem Vorwurf der »staatsfeindlichen Hetze«, an Schikane, Unterdrückung und Bevormundung. Und allen, die es heute kriminalisieren wollen, überhaupt noch von ethnischen Deutschen zu sprechen, sagen wir: Wer ein deutsches Volk im Sinne einer Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft verneint, hat keinen Anspruch, sich auf den 17. Juni oder den Herbst 89 zu berufen – denn der Ruf »Wir sind ein Volk!« setzt voraus, dass wir ein Volk sind.

Demokratie wird simuliert

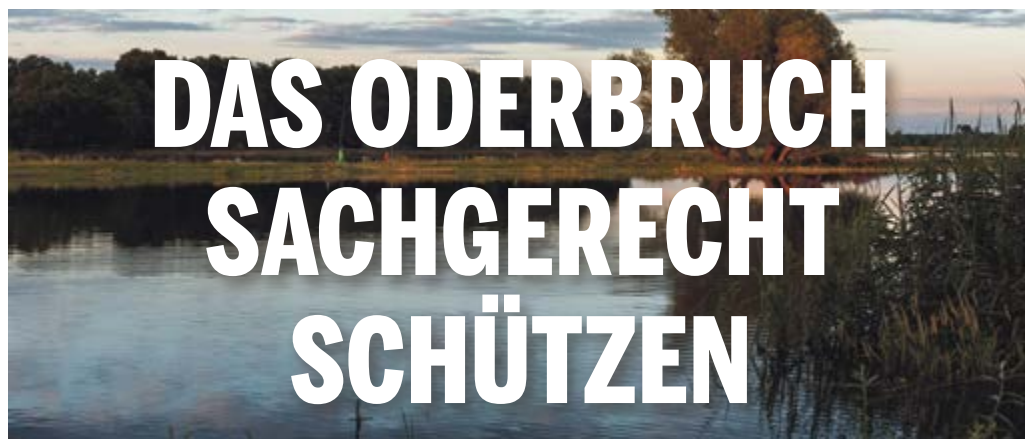
Man kann die späte BRD zwar nicht gleichsetzen mit der DDR. Der Übergang

zu einem System der offenen Repression, zu einer offen autoritären Herrschaft, wird heutzutage erst erprobt, zaghaft noch, denn jeder Schritt zur Repression macht für Beobachter umso deutlicher, dass es sich bei den heutigen Verhältnissen immer weniger um Demokratie, stattdessen immer mehr um das Simulieren von Demokratie handelt.

Verschlechterte Lebensbedingungen

Es sind auch heute die Arbeitnehmer, diejenigen, die diesen Wahnsinn hier noch finanzieren, die den Abschaffern Deutschlands und den Demokratieverächtern die Gefolgschaft versagen. Sie stehen längst hinter der größten Opposition im Land, der AfD. Und so wie damals die Arbeitsnormerhöhungen und sich verschlechternde Lebensbedingungen den Volksaufstand ausgelöst haben, so wird heute über mehr Arbeitsstunden, die Anhebung des Rentenalters, steigende Lebenshaltungskosten und höhere Steuerabgaben diskutiert.

Worin aber besteht der zentrale Unterschied zu heute? Bei aller Niederträchtigkeit hat die SED-Nomenklatura niemals versucht, ihr eigenes Volk aus der Geschichte verschwinden zu lassen, hat den Leuten nicht ihre Identität und ihren Nationalstolz genommen. Das deutsche Volk ist der Souverän unseres Staates und nicht ein Haufen von Parteien, Journalisten oder Eurokraten. Das sollten wir nicht vergessen, wenn wir im Landtag an den 17. Juni erinnern. ■



© Nadine Redlich, unsplash

Verschiedene Hochwasserereignisse haben uns vor Augen geführt, dass ein Management am Oderbruch gesamtheitlich gedacht werden muss. Ausweisungen von sogenannten (Teil-)Überschwemmungsgebieten sind da wenig hilfreich. Mit der unsachlichen Vorgehensweise der Ausweisungen in den vergangenen Monaten wurde die ganze Region Oderbruch verunsichert und in Kauf genommen, dass Grundstücke und Häuser in beträchtlichem Ausmaß entwertet wurden. Bestimmte bauliche Maßnahmen dürften zukünftig nicht mehr genehmigt werden. Eigentümer bekommen Schwierigkeiten bei Neuanträgen und bei Nachverhandlungen bestehender Kredite und sind mit exorbitanten Erhöhungen von Grundstücksversicherungen konfrontiert. Die AfD-Fraktion sagt: So geht das nicht. Diese Ausweisungen der (Teil-)Überschwemmungsgebiete beruhen aus unserer Sicht auf falschen Voraussetzungen.

Vertreter des Umweltministeriums und des Landesamtes für Umwelt haben falsche Rückschlüsse aus der Binnenhochwasserlage von 2010/11 gezogen. Tatsächlich gab es Überschwemmungen weiter Teile des Oderbruchs im Binnenland. Diese resultierten aber aus der Tatsache, dass der Gewässer- und Deichverband Oderbruch nicht genug finanzielle Mittel hatte, um notwendige Baumaßnahmen am Schöpfwerk Hohensaaten fertigzustellen und gleichzeitig ausreichend Ersatzpumpen zu betreiben. Im vorgestellten Gutachten wird weiterhin fälschlich als Beweis für die Überschwemmungssituation im Oderbruch unter anderem der Deichbruch von 1947 herangezogen. Dieser Deichbruch wurde damals jedoch durch eine Sprengung verursacht und hatte überhaupt nichts mit dem Thema Binnenhochwasser zu tun.

Warum sind Gesetzesanpassungen und Nachschärfungen notwendig? Die

einschlägigen Anweisungen von EU und Bund an die jeweiligen Bundesländer beziehen sich auf Überschwemmungsgebiete. Das Oderbruch ist aber nicht zwingend ein Überschwemmungsgebiet! Erst durch die systematische und vorsätzliche Vernachlässigung der Entwässerungskanäle erster und der Gewässer zweiter Ordnung kann es überhaupt zu Binnenhochwasserlagen kommen.

Lars Günther

Umweltpolitischer
Sprecher

Die Schlussfolgerungen der AfD-Fraktion (Drucksache 8/1369) sind vor diesem Hintergrund klar. Schluss mit den unsachgemäßen Ausweisungen der Überschwemmungsgebiete, Schluss mit nutzlosen Studien! Stattdessen muss das Umweltministerium seinen Verpflichtungen nachkommen und die Wiederertüchtigung der vier Hauptabflüsse erster Ordnung im Oderbruch vornehmen. Bestehende Schöpf- und Pumpwerke müssen modernisiert und neue gebaut werden. Die Verunsicherung der Bewohner des Oderbruchs dagegen ist sinnlos. ■

Blauer Fritz

☐ Ja, ich möchte den **Blauen Fritz** kostenlos zu mir nach Hause geschickt bekommen.

☐ Ja, ich möchte den **Rundbrief** kostenlos per E-Mail erhalten.



Senden Sie den ausgefüllten Coupon an:

**AfD-Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

per Post abonnieren

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Ort, Datum, Unterschrift

☐ Ich willige in die Speicherung und Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten ein. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Datenschutzbestimmungen unter folgendem Link abrufbar sind:
www.afd-fraktion-brandenburg.de/datenschutz

Unsere nächsten Veranstaltungen



Informieren Sie sich über
unsere bevorstehenden
Veranstaltungen.

Per QR-Code
oder unter:

afd-fraktion-brandenburg.de/termine

So! geht Demokratie.

